

Sitzung des Gemeinderates

TOP 1: Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung

In der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 6. Juni 2011 wurde folgender Beschluss gefasst, welcher gemäß § 35, Absatz 1, der Gemeindeordnung hiermit bekannt gegeben wird:

- Zustimmung zur befristeten Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit einer Bediensteten zum Zweck einer Weiterbildung

TOP 2: Fortschreibung des Kindergartenbedarfs- und Schulentwicklungsplans

Bürgermeister Jürgen Kappenstein erinnert daran, dass bereits seit Mitte der 90er-Jahre in Ketsch jährlich ein Plan verabschiedet wird, der Auskunft über die Entwicklung im Bereich der örtlichen Kindergärten und Schulen geben soll. Dank dieses Planes, der seit 2003 verpflichtend geführt werden muss, sei die Gemeinde bisher immer in der Lage gewesen, den sich ständig ändernden gesetzlichen Grundlagen und Forderungen Rechnung zu tragen. Als Beispiele hierfür nennt Bürgermeister Jürgen Kappenstein die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, die gestiegenen Anforderungen an das Kindergartenpersonal, die Einführung der Betreuung von Kindern im Alter unter drei Jahren und den sich ständig ändernden Personalschlüssel. „Wir waren und sind in Ketsch bemüht, allen Ansprüchen, nicht nur den gesetzlichen, sondern und vor allem auch den Elternansprüchen gerecht zu werden“, unterstreicht Bürgermeister Kappenstein. Dies zeige sich nicht zuletzt auch an den Anstrengungen, die unternommen wurden, um eine weitere Kindertagesstätte zu errichten. Dass die ursprünglich gefassten Pläne mit einer Baufertigstellung zum September 2010 nicht eingehalten werden konnten, liege an Gründen, die die Gemeinde nicht zu vertreten habe. „Nichtsdestotrotz haben wir mit einer provisorischen Lösung allen Eltern ermöglicht, ihre Kinder in eine ordentliche Betreuung zu übergeben“, berichtet Bürgermeister Kappenstein.

Hauptamtsleiter Ulrich Knörzer nennt sodann einige wesentliche Zahlen des fortgeschriebenen Kindergartenbedarfs- und Schulentwicklungsplans. Im Bereich der Kindergartenbedarfsplanung weisen die aktuellen Bedarfswerte bei den anspruchsberechtigten Kindern im Alter von drei Jahren bis Schuleintritt zum Ende des laufenden Kindergartenjahres 2010/11, bei Annahme einer 92-prozentigen Bedarfsdeckungsquote, einen rein rechnerischen Bedarf von 304 Plätzen aus, dem ein Angebot von 305 Plätzen gegenübersteht. Es ergebe sich sogar ein Überhang von einem Platz. Zum Ende des kommenden Kindergartenjahres 2011/12 sagen die Prognosezahlen hingegen bei einem Bedarf von 320 Plätzen und einem Angebot von 313 Plätzen einen Fehlbedarf von 7 Plätzen voraus, der sich jedoch zum Ende des Kindergartenjahres 2012/13 wieder in einen Überhang von 4 Plätzen wandelt, da der Bedarf dann nur noch bei 309 Plätzen liege. Zusammenfassend könne festgestellt werden, dass das Angebot, von geringen Schwankungen abgesehen, in Summe dem örtlichen Bedarf entspricht und dass, nach Fertigstellung des Neubaus der Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“, in diesem Bereich kein akuter Handlungsbedarf bestehe.

Bei der Kindergartenbedarfsplanung gelte es, einen besonderen Fokus auf den Ausbau der Kleinkindbetreuung zu richten. Ohne Hinzurechnung der Plätze in der neuen Kindertagesstätte liege die Versorgungsquote der Gemeinde Ketsch im Bereich der Unter-Dreijährigen bei 27,6 Prozent – ein Wert, der die auf Landesebene festgelegte Ausbaustufe für das Jahr 2011, nämlich 26,6 Prozent, überschreitet und den tatsächlichen landesweiten Ausbaustand, der bei 18,3 Prozent liegt, mehr als deutlich übertrifft. Bereitgestellt werden gemeindeweit derzeit 72 Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige, davon 53 in Kindertageseinrichtungen und 19 in Tagespflege. Durch die Fertigstellung der neuen Kindertagesstätte könne die Versorgungsquote in der Kleinkindbetreuung maßgeblich erhöht werden. Unter Berücksichtigung dieser zusätzlichen Kapazitäten erhöhe sich die mögliche Platzzahl auf 91, was einer Bedarfsdeckungsquote von 34,9 Prozent entspricht. „Es wäre damit bereits jetzt der für das Jahr 2013 nominal genannte Deckungsgrad von landesweit 34 Prozent erreicht“, macht Hauptamtsleiter Knörzer deutlich.

Hinsichtlich der Schulentwicklungsplanung sei festzustellen, dass nächstes Jahr im Grundschulbereich die Einschulungszahlen deutlich absinken: von 102 auf nur noch 87 Schüler. In den vier Folgejahren des Prognosezeitraums steigen die Zahlen aber wieder auf den heutigen Ausgangswert, bevor im Schuljahr 2016/17 mit 91 Schülern nochmals ein leichter Abwärtstrend zu verzeichnen sei. Im Hauptschulbereich sei für den Verlauf des Betrachtungszeitraums festzustellen, dass sich die prognostizierte Zahl der Übergänge in Klasse 5 im nächsten Schuljahr deutlich reduziert: von 33 auf 23 Schüler. In den nachfolgenden Jahren bewege sich die Zahl

dann auf einem relativ konstanten Niveau, bevor sie wieder abfällt. Die Hauptschuleingangsklassen können in den Folgejahren generell nur noch einzügig gebildet werden.

Einen relativ breiten Raum nehme im Kindergartenbedarfs- und Schulentwicklungsplan wieder das Thema neue Werkrealschule ein. Die landes- und bundespolitischen Überlegungen im Bildungsbereich seien derzeit vielfältig und erlauben den Kommunen noch keine verlässliche Planung. Hier gelte es weiterhin, die Konkretisierung des künftigen Bildungsangebots abzuwarten.

Gemeinderätin Helena Moser (CDU) merkt lobend an, dass die Gemeinde den Bedarf im Kindergartenbereich voll abdecken könne und dass ein besonderer Schwerpunkt die künftige Kleinkindbetreuung sein werde. Ab dem Kindergartenjahr 2013/14 gebe es einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Ein- bis Dreijährigen. Auch diesem könne die Gemeinde mit dem Bau der neuen Kindertagesstätte Rechnung tragen. Im Schulbereich sei an beiden Ketscher Schulen für 2011/12 ein Rückgang der Einschulungszahlen festzustellen, bevor sich die Zahl in den beiden Folgejahren wieder erhöhe. Das Thema Werkrealschule sei zwar in Ketsch schon diskutiert worden, doch bezüglich der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg gebe es noch viele Fragezeichen. Gemeinderätin Moser hebt das breite Spektrum von außerschulischer Betreuung hervor und nennt unter anderem die Hausaufgabenbetreuung, die Kernzeit- und Hortbetreuung – eine wichtige Unterstützung vor allem für berufstätige Eltern – sowie die Schulsozialarbeit. „Unsere Gemeinde leistet im Kindergarten- und Schulbereich einen großen Beitrag zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen“, betont Gemeinderätin Moser.

Gemeinderätin Birgit Rapp (SPD) kommt auf die vielen und schnellebigen Gesetze der vergangenen Jahre zu sprechen, dass deren Umsetzung sich oftmals als schwierig erwiesen habe. Dennoch und gerade deshalb sei eine grundlegende und verlässliche Planung umso wichtiger, um auf den Wandel der Zeit zu reagieren. Sehr erfreulich sei es, dass es der Gemeinde gelinge, den geltenden Rechtsanspruch in vollem Maße zu erfüllen. Dies sei eine Bestätigung dafür, dass immer frühzeitig der richtige Weg eingeschlagen wurde. So liege bereits jetzt die Quote für die Betreuung der Unter-Dreijährigen über dem Landeswert. Im Hinblick auf den Schulentwicklungsplan bedauert Gemeinderätin Rapp die sinkenden Schülerzahlen und stellt hinter das Thema Werkrealschule ebenfalls ein großes Fragezeichen. Die außerschulische Betreuung hingegen sei notwendig und in Ketsch sehr gut bestückt.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) nennt ein paar Eckdaten des Planes, der durch Hochrechnung aufgrund der Geburtenzahlen und von Prognosen des statistischen Landesamtes Voraussagen bei den Kindergärten bis 2013 und bei den Schulen teilweise bis 2017 treffe. Durch den Neubau der kommunalen Kindertagesstätte werde sich die Platzzahl in den Kindergärten zur Kleinkindbetreuung von bisher 53 auf 72 erhöhen. Hinzu kommen noch 19 Tagespflegeplätze, so dass die Forderungen nach dem Tagesbetreuungsbaugesetz erfüllt werden dürften. Nach den aufgezeigten Zahlen zur Schulentwicklung reichen die Klassenräume in beiden Schulen aus. Das Thema Werkrealschule sei momentan offen, hier seien noch grundlegende Fragen zu klären.

Gemeinderat Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) bewertet die aktuellen Zahlen positiv und geht davon aus, dass sie belastbar sind. Gemeinderat Dr. Feinauer möchte noch wissen, ob mit dem 10- bis 13-prozentigen Ausländeranteil Kinder mit Migrationshintergrund oder ausländische Kinder gemeint sind. Bürgermeister Kappenstein erklärt, dass man hier nicht zu unterscheiden brauche. Es handle sich um die Kinder ausländischer Mitbürger.

Alle Fraktionen sprechen Hauptamtsleiter Knörzer und seinen Mitarbeitern einen Dank für das aufschlussreiche Zahlenwerk aus.

Einstimmig nimmt der Gemeinderat die Fortschreibung des Kindergartenbedarfs- und Schulentwicklungsplans und insbesondere die darin getroffenen Aussagen zur weiteren örtlichen Entwicklung zustimmend zur Kenntnis.

TOP 3: Anpassung der Elternbeiträge in den kommunalen Kindertageseinrichtungen

Bürgermeister Jürgen Kappenstein erinnert daran, dass der Gemeinderat im Frühjahr 2009 beschlossen hatte, die Berechnung der Elternbeiträge nach dem vom Gemeindegang und den Kirchenverbänden vorgeschlagenen württembergischen Modell vorzunehmen. Hierbei werde der Betrag gestaffelt erhoben und alle Kinder einer Familie im Alter unter 18 Jahren werden berücksichtigt. Beim badischen Modell hingegen werden nur jene Kinder einer Familie berücksichtigt, die gleichzeitig eine Einrichtung besuchen. Der Gemeinderat und die Verwaltung habe das württembergische Modell als das gerechtere angesehen, da Familien mit mehreren Kindern verstärkt begünstigt werden. Nach Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände und der Kirchen stehe jetzt eine

Erhöhung der Elternbeiträge an. Bürgermeister Kappenstein bittet hierbei zu berücksichtigen, dass landesweit angestrebt werde, durch die Elternbeiträge zumindest 20 Prozent der Kosten zu decken. Die Kosten, die pro Kindergartenplatz für ein Kind im Alter von 3 bis 6 Jahren entstehen, belaufen sich im Schnitt auf rund 600 Euro pro Monat, führt Bürgermeister Kappenstein aus. Davon sollen, nach dem nun zu beratenden Beschlussvorschlag, die Eltern künftig im Höchstfall, bei Familien mit einem Kind, 107 Euro für 2011/12 beziehungsweise 109 Euro (2012/13) übernehmen. Bei Kindern im Alter von unter drei Jahren belaufen sich die Kosten pro Kindergartenplatz auf über 1000 Euro im Monat, da unter anderem ein erhöhter Personalschlüssel vorgehalten werden muss. Von diesen 1000 Euro würden dann, bei einer Familie mit einem Kind, 279 Euro für 2011/2012 und 284 Euro für 2012/2013 über die Elternbeiträge abgedeckt werden. Der Rest, und dies sei noch immer ein großer Anteil, werde über die Steuerzahler abgedeckt.

Hauptamtsleiter Ulrich Knörzer informiert, dass sich die in der Beschlussvorlage genannten Gebührensätze bezüglich der Betreuung von Kindern im Alter von über drei Jahren an den Regelsätzen der landesweiten Empfehlung orientieren, wobei für das Angebot der verlängerten Öffnungszeiten ein Zuschlag von 10 Prozent eingerechnet sei. Die landesweiten Empfehlungen liegen hierfür sogar bei 25 Prozent. Die Verwaltung schlage jedoch vor, diesen Rahmen nicht vollumfänglich auszuschöpfen, sondern sich auf besagten moderaten 10-prozentigen Zuschlag zu beschränken. Bei der Betreuung von Kindern im Alter von 2 bis 3 Jahren in altersgemischten Gruppen sei eine Doppelung des Regelsatzes vorgesehen, da ein Kind unter 3 Jahren rechnerisch zwei Plätze von Kindern über 3 Jahren belegt. Bei den Kindergruppen 2 bis 3 Jahre und 1 bis 2 Jahre sei, wie bereits im letzten Kindergartenjahr, mit einem 10-prozentigen beziehungsweise 30-prozentigen Zuschlag, bezogen auf die altersgemischten Gruppen, operiert worden.

Ziel sei es abermals, die Kindergartenbeiträge aller örtlichen Einrichtungen weitgehend zu harmonisieren. Aus diesem Grund erfolge auch aktuell eine Abstimmung der Sätze mit den beiden Kirchengemeinden.

Gemeinderat Thomas Franz (CDU) unterstreicht, dass bereits 2009 klargestellt wurde, dass es, aus Gründen der Beitragsgerechtigkeit, Anpassungen geben werde. „Erhöhungen machen nie gute Laune, gleichwohl ist es eine Aufgabe der Verwaltung und des Gemeinderates, vorausschauend und verantwortungsvoll zu agieren“, sagt Gemeinderat Franz. Daher sei es vernünftig, einen 20-prozentigen Deckungsgrad anzustreben. Es sei verständlich, dass Elternbeiträge Stellung nehmen und nachfragen. Gemeinderat Franz lobt das Antwortschreiben von Bürgermeister Kappenstein an die Elternbeiträge, in welchem er nachvollziehbar und argumentativ fundiert die Gründe dargelegt habe.

Gemeinderat Tarek Badr (SPD) sieht in der jetzigen Erhöhung die logische Konsequenz auf die moderate Anpassung im letzten Jahr und erinnert ebenfalls an den Beschluss aus dem Jahr 2009, den die SPD-Fraktion mitgetragen habe. Gemeinderat Badr macht deutlich, dass die SPD-Fraktion hinter der geplanten Erhöhung steht, jedoch den jetzigen Zeitpunkt als falsches Signal erachtet. Deshalb werde vorgeschlagen, die Gebührenanpassung bis zur Fertigstellung der Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“ auszusetzen. Durch die Bau-Verzögerung sei es – trotz des eingestellten und kooperativen Personals – zu Einschränkungen für Eltern und Kinder gekommen, die diese Situation klaglos hingenommen haben. Mit der zeitlichen Verschiebung der Gebührenanpassung könne man ein Zeichen setzen. Gemeinderat Badr stellt sodann folgenden Sachantrag als Ergänzung zum Beschlussvorschlag: Die Erhöhung der Beiträge wird zum 1.1.2012 wirksam.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) befürwortet die stufenweise Anhebung der Entgelte, mit dem Ziel, 20 Prozent des durchschnittlich ermittelten Betriebskostenaufwandes zu erreichen. Diese Empfehlung des Gemeindetages sei in Abstimmung mit den Vertretern der Kirchenverbände erfolgt. Die neuen Sätze für Ketsch orientieren sich an den Regelsätzen der landesweiten Empfehlungen, schöpfen sie aber nicht vollständig aus.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) bereitet es „erhebliche Bauchschmerzen, die Erhöhung einfach durchzuwinken“. Die Bedingungen ändern sich zu rasch und die FDP-Fraktion habe die Idee verfolgt, die Erhöhung, angesichts ihrer Größenordnung, zu verschieben. Der Vorschlag der SPD-Fraktion sei daher begrüßenswert.

Anschließend erfolgt eine kurze Beratung über den Beschluss-Erweiterungsantrag der SPD. Bürgermeister Kappenstein merkt an, dass dem Antrag nichts entgegenstehe, dass er sich jedoch enthalten werde, da er den Beschlussvorschlag eingebracht habe. Gemeinderat Franz (CDU) gesteht, dass „zwei Herzen in seiner Brust schlagen“: Einerseits gehöre zu einer funktionierenden Gemeinde, auch dann zusammenzuhalten, wenn es eng wird und es unvorhergesehene Schwierigkeiten gibt, andererseits könne man mit dieser Beschlussergänzung den Eltern entgegenkommen, die ihre Kinder vorübergehend in der „Villa Pustebblume“ untergebracht haben und warten müssen, bis die „Villa Sonnenschein“ bezugsfertig ist. Gemeinderat Kurbiuhn (FWV) hat ebenfalls keine

Einwände, die Gebühren erst zum 1.1.2012 anzupassen. Gemeinderat Völker (FDP/KL) bewertet die „Verschiebung“ als sinnvoll.

Mehrheitlich, bei einer Enthaltung von Bürgermeister Jürgen Kappenstein, wird der Sachantrag der SPD beschlossen, dass die Erhöhung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2011/2012 zum 1. Januar 2012 wirksam wird.

Bürgermeister Kappenstein kündigt an, die Kirchenträger über diesen Beschluss in Kenntnis zu setzen. Die nicht erhobenen Beiträge, die nun den kirchlichen Kindergartenträgern bis Dezember nicht zufließen – rund 16.000 Euro insgesamt – müsse die Gemeinde übernehmen.

Bei einer Enthaltung erfolgt der mehrheitliche Beschluss: Die Elternbeiträge für die kommunalen Kindertageseinrichtungen werden für die Kindergartenjahre 2011/2012 und 2012/2013 festgesetzt. Die Beiträge werden jeweils für 11 Kalendermonate erhoben. Der Ferienmonat August bleibt beitragsfrei. Gesondert berechnet werden die Kosten für eine eventuelle Verpflegung, die je nach Inanspruchnahme (3 Euro pro Essen) in Rechnung gestellt wird. Die Erhöhung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2011/2012 wird zum 1.1.2012 wirksam.

TOP 4: Feststellung der Jahresrechnung

Zur Jahresrechnung informiert Bürgermeister Kappenstein, dass man im Oktober 2009 bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2010 die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich vor Augen geführt bekommen habe. Ein Fehlbetrag von 5,5 Millionen Euro habe sich abgezeichnet. Nur durch eine strikte Ausgabenkürzung und eine unliebsame Einnahmenerhöhung bei den Steuern und Gebühren habe ein zwar nicht ausgeglichener, aber – unter Berücksichtigung einer Rücklagenentnahme – zumindest genehmigungsfähiger Haushalt vorgelegt werden können. „Unsere Hoffnung ruhte darauf, dass sich die Wirtschaft mittelfristig wieder erholen wird. Dieser Wunsch hat sich zum Glück erfüllt. Wir können Ihnen heute einen Haushalt präsentieren, der im Verwaltungshaushalt einen zufriedenstellenden Überschuss erwirtschaftet hat“, gibt Bürgermeister Kappenstein bekannt und fügt hinzu, dass man jedoch ohne die Haushaltskonsolidierung ein negatives Ergebnis hätte hinnehmen müssen. Deshalb seien diese Schritte richtig und wichtig gewesen. „Und wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass wir unsere Aufgaben in der Zukunft nur erfüllen können, wenn wir weiterhin sparsam und wirtschaftlich haushalten, sonst können wir das Gebilde eines funktionierenden Haushalts nicht mehr garantieren“, hebt Bürgermeister Kappenstein hervor. Niemand wisse, ob sich die Wirtschaftskrise wiederholt. Die momentane Entwicklung des Euro könne einem das Fürchten lehren.

Kämmerer Gerd Pfister trägt einige wichtige Ergebnisse und Zahlen der Jahresrechnung vor. Der Verwaltungshaushalt schließt mit einem Volumen von 22.855.257,25 Euro ab. Der Vermögenshaushalt, in welchem die größeren Investitionen abgebildet werden, schließt mit 1.003.426,67 Euro ab. Das Volumen des Gesamthaushalts 2010 beträgt 23.858.683,92 Euro.

Im Verwaltungshaushalt konnte ein Überschuss von 339.072,42 Euro erwirtschaftet werden, dieser Betrag wurde dem Vermögenshaushalt zugeführt. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans sei hingegen eine Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt in Höhe von 2.226.800 Euro eingeplant gewesen, berichtet Kämmerer Pfister. Insofern habe sich das Ergebnis von der ursprünglichen Planung deutlich verbessert: um 2,565 Millionen Euro. Dies sei durch Einsparungen, aber auch durch höhere, nicht voraussehbare Einnahmen zustande gekommen. Als Beispiele für Mehreinnahmen nennt Kämmerer Pfister unter anderem die Gewerbesteuer mit rund 434.000 Euro, den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer mit rund 490.000 Euro sowie die Schlüsselzuweisungen mit rund 369.000 Euro. Einsparungen habe es unter anderem bei den Personalkosten (rund 87.000 Euro), bei der Unterhaltung der Gebäude und Grundstücke der Gemeinde (rund 331.000 Euro) und bei weiteren Verwaltungsausgaben (rund 167.000 Euro) gegeben.

Der Vermögenshaushalt schließt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 1.003.426,67 Euro ab. Die größten Einnahmen ergeben sich mit 622.463 Euro aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens – die Gemeinde konnte noch Bauplätze verkaufen – sowie der Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Höhe von 339.072,42 Euro, erläutert Kämmerer Pfister. Auf der Ausgabenseite wurden 950.307,54 Euro an die Rücklagen ausgegeben, sprich auf das Sparbuch gelegt. Für die Tilgung von Krediten wurden 110.000 Euro aufgewendet. Die allgemeine Rücklage – in Geld auf dem Konto, nicht nur auf dem Papier – erhöht sich auf 5,256 Millionen Euro. „Bei der Aufstellung des Haushalts 2011 sind wir von einer Rücklage zum 31.12.2010 von rund 2,23 Millionen Euro ausgegangen. Insoweit ergibt sich eine Verbesserung der finanziellen Situation von rund 3

Millionen Euro. Diese Mittel brauchen wir dringend für die mittelfristige Sicherstellung unserer Aufgaben und Ausgaben“, berichtet Kämmerer Pfister.

Im Vermögenshaushalt wurden zur Weiterführung bereits begonnener Maßnahmen Haushaltsreste gebildet: Kämmerer Pfister nennt als Beispiel für Haushaltsausgabereste unter anderem 143.000 Euro für die Ausstattung und 768.000 Euro für den Hochbau des Kindergartenneubaus in der Kolpingstraße, Zuschüsse an Sportvereine mit 60.000 Euro, die Sanierung des Rheinhallenbodens mit 87.000 Euro und die Tilgung von Krediten mit 30.000 Euro. Dagegen stehen Haushaltseinnahmereste: Die Gemeinde erwarte noch Zuschüsse für den Kindergartenneubau in der Kolpingstraße in Höhe von 408.000 Euro aus dem Bundeszuschuss und über die Bildungspauschale noch 54.000 Euro. Für die Sanierung der Rheinhalle erwarte die Gemeinde einen Zuschuss aus der Infrastrukturpauschale in Höhe von 33.000 Euro.

Die Gemeinde verfügt zum Jahresende über ein Gesamtvermögen von rund 54,5 Millionen Euro. Zu diesem Vermögen zählen die Gebäude und Einrichtungen der Gemeinde, Beteiligungen, aber auch Straßen, Wege und Plätze sowie die Geldanlagen. Bemerkenswert an dieser Zahl sei aber nicht die beachtliche Höhe, sondern die Tatsache, dass diesen Werten nur Schulden in Höhe von 570.000 Euro gegenüber stehen, hebt Kämmerer Pfister hervor. „Das heißt, unser Gemeindevermögen ist mit nur einem Prozent fremdfinanziert, 99 Prozent sind Eigenkapital.“ Bevor jedoch jemand aufgrund dieser soliden Finanzierung in Euphorie ausbreche, dürfe nicht vergessen werden, dass dieses Vermögen kein Reichtum, sondern die Verpflichtung der Bewirtschaftung und Unterhaltung mit sich bringt. Insgesamt könne man das Jahr 2010 für die Gemeinde positiv sehen. Der langjährige Konsolidierungskurs und der Wille, die Verschuldung abzubauen und nicht über die Verhältnisse zu leben – das heißt, nachhaltig zu wirtschaften – haben sich insbesondere auch in der zurückliegenden Wirtschaftskrise bewährt und ausgezahlt, fasst Kämmerer Pfister zusammen.

Gemeinderat Helmut Schmid (CDU) erklärt, dass der Haushaltsplan zukunftsorientiert sei und dass seine Elemente gestaltenden Charakter haben. Die Jahresrechnung hingegen sei vergangenheitsorientiert, bestehend aus Elementen mit mehr oder weniger präventivem Charakter. Nichtsdestotrotz gelte es, Erkenntnisse daraus zu gewinnen, die dann doch wieder zukunftsweisend genutzt werden können. Die Gemeinde habe, in Anbetracht der Wirtschaftskrise, für das Jahr 2010 defensiv geplant. Klein, aber fein seien die 339.000 Euro, die dem Vermögenshaushalt zugeführt werden konnten – ganz anders als die 2,2 Millionen Euro, die ursprünglich gedacht und geplant waren, vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt zuführen zu müssen. Ein Kraftakt an Einsparungen und unverhoffte Mehreinnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, haben zu diesem Ergebnis geführt. Die wirtschaftliche Erholung des Landes sei dieser Entwicklung zugute gekommen und die Erholung der Weltkonjunktur habe ihren zusätzlichen Anteil geleistet. So gebe es immer wieder auch unvorhergesehene, positive Überraschungen. Trotz des guten Ergebnisses müsse man jedoch die Erwartungen an die Zukunft realistisch einschätzen. Der kommende Haushaltsplan 2012 werde die Weichen für die nächsten Jahre stellen.

Gemeinderat Hans-Peter Rist (SPD) hebt hervor, dass die Haushaltsrechnung aufzeige, was symptomatisch für die heutige Zeit sei: „In unserem Gemeindehaushalt sind wir immer stärker von den Auswirkungen der globalen Verflechtungen abhängig.“ Wie Bund und Land haushalten, beeinflusse den kommunalen Haushalt stärker als die eigenen Planungen. Dennoch müsse die Gemeinde, soweit es in ihren Kräften stehe, auf diese Einflüsse lokal reagieren. Daher sei das Ergebnis, auch im Hinblick auf die 1.450.000 Euro an Mehreinnahmen, umso erfreulicher. Einziger Wermuttropfen bleibe, dass von den Zuschüssen über 53 Prozent wieder abfließen. Lobend erwähnt Gemeinderat Rist die internen Einsparungen, die wesentlich zu dem guten Ergebnis beigetragen haben. Der Kostenspardgedanke sei überall angekommen, sogar bei der Anschaffung von Büromaterial. Trotz der Einsparungen konnten die Leistungen der Gemeinde für die Bürger auf dem gewohnten, hohen Niveau bleiben. So steigere die Gemeinde Ketsch das Betreuungsangebot für die Jüngsten Jahr für Jahr. Und die Vereinsförderung habe im Haushaltsjahr 2010 rund 30 Prozent über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre gelegen. Für die Gemeinde bleibe es von großer Wichtigkeit und unverzichtbar, trotz des Zwischenhochs an dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs festzuhalten.

Gemeinderat Rist bringt zum Ausdruck, dass es für ihn jedoch unverständlich sei, warum dringend benötigte und auf die wichtigsten Maßnahmen beschränkte Mittel, die für den Unterhalt der Gebäude und Anlagen bereitgestellt worden waren, nicht abgerufen wurden. Nur 60 Prozent der 1,2 Millionen Euro seien ausgeschöpft worden. So habe beispielsweise die nicht durchgeführte Sanierung in der Gutenbergstraße zu einem Mietrückgang von rund 20.000 Euro geführt, was einen unbefriedigenden Deckungsbeitrag von 57,7 Prozent zur Folge gehabt habe.

Bürgermeister Kappenstein erläutert, dass man in der Gutenbergstraße die Sanierung planerisch – mit einem Architekten – auf den Weg gebracht habe. Es sei zu erwarten, dass demnächst die ersten Auftragsvergaben erfolgen werden.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) begrüßt, dass wie in den Vorjahren wieder eine gleichbleibende und sparsame Haushaltsführung festgestellt werden könne. Die Pro-Kopf-Verschuldung sei seit dem 31.12.2009 von 53,10 Euro auf 44,71 Euro zum 31.12.2010 gesunken. Gemeinderat Kurbiuhn geht auf einige bedeutsame Zahlen der Sammelnachweise des Verwaltungshaushalts ein und führt unter anderem auf, dass der Anteil der Personalausgaben am Verwaltungshaushalt 22,52 Prozent betrug und seit dem Vorjahr um 0,37 Prozent gesunken sei. Anschließend nennt Gemeinderat Kurbiuhn wichtige Zahlen aus den Einzelplänen, beispielsweise die Zuwendungen nach den Vereinsförderungsrichtlinien in Höhe von 210.743,29 Euro. Das Hallen- und Freibad erforderte bei rund 169.082 Euro Einnahmen einen Zuschuss von rund 660.041 Euro. Die Ausgaben für Kinderspielplätze beliefen sich auf 41.776 Euro.

Gemeinderat Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) lobt, dass die wirtschaftliche Lage der Gemeinde recht gut sei und dass sich dies nicht nur durch die allgemeine Wirtschaftslage, sondern insbesondere durch ein umsichtiges und kluges Wirtschaften ergeben habe.

Alle Fraktionen danken Kämmerer Gerd Pfister und seinem Team für die gute Arbeit und die übersichtliche Präsentation des Rechenschaftsberichtes.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Jahresrechnung 2010.

TOP 5: Feststellung des Jahresabschlusses 2010 der Eigenbetriebsrechnung des Wasserversorgungsbetriebes

Kämmerer Gerd Pfister gibt Bilanzzahlen des Feststellungsbeschlusses bekannt und erläutert, dass zum 31.12.2010 die Bilanzsumme 1.534.726,47 Euro beträgt. Davon entfallen auf der Aktivseite: auf das Anlagevermögen 1.299.308,89 Euro und auf das Umlaufvermögen 235.417,58 Euro. Auf der Passivseite entfällt auf das Eigenkapital 696.249,36 Euro, auf die empfangenen Ertragszuschüsse 69.873 Euro, auf die Rückstellungen 50.484 Euro und auf die Verbindlichkeiten 718.120,11 Euro. Der Jahresgewinn von 74.895,64 Euro soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Eigenkapitalausstattung des Betriebes beträgt 47,5 Prozent gegenüber 43,5 Prozent im Vorjahr, weswegen empfohlen wird, die Konzessionsabgabe, die der Betrieb erwirtschaften konnte, an den Gemeindehaushalt abzuführen.

Aus dem Lagebericht informiert Kämmerer Pfister, dass das Wasserwerk Ketsch im Jahr 2010 744.799 Kubikmeter Frischwasser abgesetzt hat. Im Jahr zuvor waren dies 772.602 Kubikmeter. Damit habe die Menge rund 28.000 Kubikmeter unter dem Vorjahresergebnis gelegen. Dieser Einbruch sei rein witterungsbedingt gewesen, denn im August 2010 seien rund 27.000 Kubikmeter Wasser weniger verkauft worden, so dass der umsatzstärkste Monat fast komplett ausgefallen sei. Trotzdem habe man bei der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ein Ergebnis in Höhe von 103.613,47 Euro erzielen können. Für alle Kunden und Gebührenzahler sei der Preis von einem Euro je Kubikmeter Frischwasser auch weiterhin auskömmlich. „Wir konnten den Kunden gutes Wasser zu einem guten Preis verkaufen“, unterstreicht Kämmerer Gerd Pfister.

Gemeinderat Rainer Fuchs (CDU) begrüßt den Abschluss des Wirtschaftsjahres 2010 mit einem Gewinn von 74.895,64 Euro, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 7,6 Prozent bedeutet, obwohl rund 28.000 Kubikmeter Wasser weniger verkauft wurden. Das Ergebnis werde auf neue Rechnung vorgetragen, damit steige die Eigenkapitalsquote auf 47,5 Prozent. Bei diesen erfreulichen Zahlen dürfe man erwarten, dass der Wasserpreis mittelfristig stabil bleibt, trotz der hohen Aufwendungen für Sanierungsmaßnahmen wie beispielsweise die Hockenheimer Straße.

Gemeinderat Gerhard Jungmann (SPD) stellt fest, dass das Rechnungsergebnis im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert werden konnte, obwohl weniger Wasser verbraucht wurde. Gemeinderat Jungmann hofft, dass sich der Wasserverbrauch stabilisiert, so dass auch der Wasserpreis konstant bleiben kann, und hebt hervor, dass es aber nur eine Frage der Zeit sei, bis weitere Sanierungsmaßnahmen an den Wasserleitungen getätigt werden müssen, was wiederum den Wasserpreis beeinflussen könnte.

Bürgermeister Jürgen Kappenstein erläutert, dass der Anteil, den die Gemeinde für das bezogene Wasser bezahlen muss, sehr klein sei. Der größte Anteil liege hingegen in der Vorhaltung der Wasserleitungen und die damit verbundenen Abschreibungen für das Wassernetz. In Zukunft werde die Gemeinde sicher weitere Ausgaben tätigen müssen, um alte Wasserleitungen zu ersetzen. Dadurch werde es sich nicht vermeiden lassen, dass sich der Wasserzins erhöht.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) merkt an, dass in den letzten Jahren seit 1998 eine Spitze beim Wasserbezug in Höhe von 1.009.770 Kubikmeter erreicht worden sei, die dann, nach verschiedenen Schwankungen, im vergangenen Jahr auf 845.306 Kubikmeter gesunken sei. Der Anteil an Schwundwasser sei wieder ein bisschen gefallen, und zwar auf 11,89 Prozent.

Gemeinderat Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) stellt fest, dass der Wasserverbrauch von einem Jahr zum anderen zurückgeht und sieht die Ursachen dafür in einer Sensibilisierung der Bevölkerung und in industriellen Maßnahmen.

Es erfolgt der einstimmige Beschluss: Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss 2010 des Wasserversorgungsbetriebes der Gemeinde Ketsch fest. Die vom Wasserwerk erwirtschaftete Konzessionsabgabe in Höhe von 75.378,84 Euro wird an den Haushalt der Gemeinde abgeführt. Der Jahresgewinn in Höhe von 74.895,64 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Betriebsleitung wird entlastet.

TOP 6: Feststellung des Jahresabschlusses 2010 der Eigenbetriebsrechnung des Abwasserbetriebes

Kämmerer Gerd Pfister nennt die Daten des Feststellungsbeschlusses. Zum Jahresende 2010 beträgt die Bilanzsumme des Abwasserbetriebes 10.564.249,10 Euro, davon Anlagevermögen in Höhe von 10.245.076,95 Euro und Umlaufvermögen von 319.172,15 Euro, das Eigenkapital mit -147.611,05 Euro, empfangene Ertragszuschüsse 2.457.310 Euro, Rückstellungen in Höhe von 150.931,43 Euro und Verbindlichkeiten von 8.103.618,72 Euro. Es ergibt sich ein Jahresverlust von 77.363,74 Euro, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Die gebührenrechtliche Überdeckung von 139.048,02 Euro sei im Jahr 2012 dem Gebührenzahler bei der Kalkulation wieder gutzubringen. Der Abwasserbetrieb führe im Jahr 2010 Zinsen aus Trägerdarlehen und Kassenmitteln in Höhe von insgesamt 289.569 Euro an den Gemeindehaushalt ab. Die Gemeinde übernehme als Eigentümerin des Abwasserbetriebes den Verlust in Höhe von 77.363,74 Euro, so dass netto dem kameralen Haushalt 212.205 Euro zufließen.

Aus dem Geschäftsjahr 2010 berichtet Kämmerer Pfister, dass in der Planung angenommen worden sei, dass insgesamt eine Menge von 599.000 Kubikmeter Abwasser in die Kanalisation eingeleitet und abgerechnet werden könne. Tatsächlich wurden aber nur 576.393 Kubikmeter eingeleitet, womit der Wert des Vorjahres von 587.323 Kubikmeter nochmals leicht unterschritten wurde. Es sei zu hoffen, dass hier die Talsohle erreicht ist, insbesondere auch deswegen, weil die Zahl der Gartenwasserzähler, die in Ketsch sehr beliebt sind, auf 1.100 Stück angestiegen und eine Stagnation zu bemerken ist. Insofern konnten die Gebühren nicht in der geplanten Höhe von 1.468.000 Euro eingenommen werden, sondern nur 1.412.130 Euro, was auch zu diesem Verlust beigetragen habe.

Gemeinderat Rainer Fuchs (CDU) merkt an, dass der betriebswirtschaftliche Jahresverlust um rund 33.000 Euro niedriger als im Vorjahr ausfällt und dass 2010 erneut weniger Abwasser in die Kanalisation eingeleitet wurde. Die Kosten, die für die Abwasserbeseitigung entstehen, müssen auf die Gebührenzahler umgelegt werden. Ins Gewicht fallen hier insbesondere Sanierungsmaßnahmen wie in der Hockenheimer Straße oder auch die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr, die für eine gerechtere Verteilung der Kosten sorgen soll. Ein ausgeglichenes Ergebnis – mit dieser gesplitteten Abwassergebühr – sei für den Betrieb anzustreben.

Gemeinderat Gerhard Jungmann (SPD) bedauert, dass im Bereich Abwasser die geplanten Zahlen nicht erreicht und somit ein Verlust ermittelt wurde. Momentan könne der Abwasserpreis gehalten werden. Wie er sich jedoch weiterentwickelt, bleibe abzuwarten. Abgesehen von der Hockenheimer Straße stehen weitere Sanierungsarbeiten an der Kanalisation an, was enorme Investitionskosten mit sich bringt. Die neue Abrechnungsmethode für Schmutz- und Niederschlagswasser werde zwar keine Erhöhung oder Verringerung der Gesamtwassermenge für die Gemeinde bedeuten, aber für die einzelnen Haushalte könnten sich Veränderungen ergeben.

Bürgermeister Kappenstein ergänzt, dass es mit der gesplitteten Abwassergebühr in der Tat Veränderungen geben werde, die auch die Gemeinde betreffen, denn die Straßen und Plätze werden einen großen Anteil an der Regenwassergebühr haben.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) kommt darauf zu sprechen, dass bei einer gleichbleibenden Menge von Gartenwasserzählern die eingeleitete Abwassermenge um rund 2000 Kubikmeter zurückgegangen ist.

Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) spricht das Aufkommen von Abwasser an, das vom Einsatz des Frischwassers abhängt. Beides sei nun niedriger als im Vorjahr gewesen. Gemeinderat Dr. Feinauer möchte wissen, wie dies möglich sei. Kämmerer Pfister erläutert den Zusammenhang: Wenn man mehr Frischwasser verkauft, werde normalerweise auch mehr Abwasser eingeleitet. Wenn jedoch viele Gartenzähler zum Einsatz kommen und es einen heißen Sommer gibt, könne der Frischwasserverbrauch ansteigen, ohne dass es mehr eingeleitetes Abwasser gibt.

Es ergeht folgender einstimmiger Beschluss: Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss 2010 des Abwasserbetriebes der Gemeinde Ketsch fest. Der Jahresverlust in Höhe von 77.363,74 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die gebührenrechtliche Überdeckung von 139.048,02 Euro ist im Jahr 2012 auszugleichen. Der Verlust des Jahres 2009 in Höhe von 100.157,89 Euro wird im laufenden Jahr gemäß der Veranschlagung im Haushaltsplan 2011 ausgeglichen. Die Betriebsleitung wird entlastet.

TOP 7: Änderung der Satzung für den Wasserversorgungsbetrieb der Gemeinde Ketsch; hier: Erhöhung des Stammkapitals

Bürgermeister Jürgen Kapfenstein führt aus, dass Ketsch beim Wasserversorgungsbetrieb eine Eigenkapitalausstattung von 47,5 Prozent hat. Dies sei zu viel, deshalb werde – aus steuerrechtlichen Gründen – vorgeschlagen, das Stammkapital des Eigenbetriebes durch Umwandlung der allgemeinen Rücklage des Eigenbetriebes zu erhöhen.

Kämmerer Gerd Pfister ergänzt, dass steuerlich für die Anerkennung der Verzinsung innerer Darlehen 30 Prozent erforderlich seien. Gegenüber der steuerlich geforderten Mindestausstattung bestehe daher beim Eigenkapital eine Überdeckung zum Bilanzstichtag von rund 257.000 Euro. Diese Überdeckung könne bei der momentanen Kapitalstruktur nicht steuerfrei aus dem Betrieb entnommen und an den kamerale Haushalt ausgeschüttet werden. Es sei jedoch steuerlich möglich, in Höhe des Standes des steuerlichen Einlagekontos von derzeit 313.436 Euro eine Kapitalumwandlung vorzunehmen und das Stammkapital entsprechend zu erhöhen. Diese Umschichtung in der Bilanz löse noch keine Steuerpflicht aus und nach einer Mindestwartezeit von einem Jahr könne dann entschieden werden, ob und in welcher Höhe Stammkapital an den Haushalt steuerfrei abgeführt werden kann. Diese Umschichtung sollte zunächst aus Gründen der Vorsorge vorgenommen werden; die Gemeinde halte sich damit alle Möglichkeiten offen, in Zukunft – nur im Notfall – entsprechend Kapital aus dem Betrieb zu entnehmen. Sollte dieses Geld irgendwann entnommen werden, müsse es auf dem Kapitalmarkt refinanziert werden, was bedeute, dass der Zinsaufwand beim Wasserversorgungsbetrieb ansteigen würde.

Gemeinderat Siegfried Mayer (CDU) merkt an, dass sich mit der Umwandlung der allgemeinen Rücklagen in Stammkapital zunächst weder für den Eigenbetrieb Wasserwerk noch für den Gemeindehaushalt etwas ändere. Es führe jedoch zu einer höheren Flexibilität, denn es werde die Möglichkeit geschaffen, bei Bedarf steuerfrei Kapital an den Gemeindehaushalt zu übertragen, was gerade in Zeiten knapper Kassen ein großer Vorteil sein könne.

Gemeinderat Hans-Peter Rist (SPD) erachtet es in der jetzigen Niedrig-Zinsphase als sinnvoll, dass die Gemeinde die Möglichkeit nutzt und den Weg für eine spätere Kapitalbeschaffung für den kamerale Haushalt ebnet. Die Umwandlung von Rücklagen in Stammkapital sei rechtlich zulässig und löse keine Kapitalertragssteuerzahlung aus.

Gemeinderat Dieter Mummert (FWV) hebt hervor, dass diese Umwandlung jetzt nichts kostet und dennoch die Möglichkeit offenhält, zu einem späteren Zeitpunkt auf das Geld zurückzugreifen. „Es ist schön, dass Vater Staat dies zulässt“.

Auch Gemeinderat Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) befürwortet die Umwandlung von Rücklagen in Stammkapital.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, das Stammkapital des Eigenbetriebes „Wasserwerk Ketsch“ durch Umwandlung der allgemeinen Rücklage des Eigenbetriebes um 313.000 Euro zu erhöhen. Das Stammkapital beträgt nach der Erhöhung 338.000 Euro. Die geänderte Betriebssatzung für das Wasserwerk Ketsch wird zum 01.08.2011 neu erlassen.

TOP 8: Bebauungsplan Hohwiese, 5. Änderung / Aufstellungsbeschluss

Bürgermeister Jürgen Kappenstein berichtet, dass das Anwesen „Am Kraichbach 112“ abgerissen wurde – ein Gebäude, das noch aus der Anfangszeit der Errichtung der Fertighäuser stammte und nicht mehr bewohnbar war. Im Hinblick darauf, dass die Hohwiese als Wochenendhausgebiet ausgewiesen ist, biete sich das Grundstück mit seiner Gesamtfläche von 2.900 Quadratmetern dazu an, eine weitere Bebauungsmöglichkeit für Wochenendhäuser zu schaffen, wobei kleinere Wochenendhausparzellen angeboten werden sollen, die sich harmonisch in die vorhandene Struktur einfügen.

Gemeinderätin Carmen Gaa (CDU) befürwortet diesen Vorschlag, denn das Areal sei groß genug, um es in einige Parzellen zu unterteilen. Der Bebauungsplan sollte sich am bestehenden Plan für Wochenendhäuser orientieren. Zudem sollte darauf geachtet werden, dass die einzelnen Grundstücke so geplant werden, dass jedes Grundstück einen Zugang zu dem kleinen Weg zum See hat.

Gemeinderat Tarek Badr (SPD) begrüßt diese Absicht ebenfalls, da auf diese Weise vielen Bürgern eine Naherholung am See ermöglicht werden kann. Um eine harmonische Bebauung zu gewährleisten, die sich in das bisherige Bild einfügt, sei eine gründliche Überwachung dahingehend wünschenswert, dass die Vorgaben des Bebauungsplanes auch eingehalten werden. Bürgermeister Kappenstein antwortet, dass generell vorausgesetzt werde, dass nach dem Plan gebaut wird. Für Wochenendhäuser bestehe zwar keine Bauabnahmepflicht, aber ein Eigentümer, der nicht nach den Vorgaben baut, gehe ein großes Risiko ein, wenn er die Nichteinhaltung der Plandaten überreizt.

Die Gemeinderäte Frank Müller (FWV) und Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) signalisieren ebenfalls Zustimmung.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Aufstellung des Bebauungsplanes mit den örtlichen Bauvorschriften „Hohwiese, 5. Änderung“ nach den Vorschriften des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB). Der Aufstellungsbeschluss wird ortsüblich bekannt gemacht.

TOP 9: Heizungserneuerung Schulstraße 49 / Auftragsvergabe

Bürgermeister Jürgen Kappenstein informiert, dass die Heizungsanlage im Mehrfamiliengebäude mit angeschlossener Turnhalle Schulstraße 49 eine der ältesten Heizungsanlagen sei, welche die Gemeinde betreibt. Die Heizung sei in ihrer Funktion bereits sehr eingeschränkt und die Verwaltung und die Firma, die die Heizung seit Jahren wartet, haben alles getan, dass die Heizung den Winter 2010/11 überhaupt noch durchhält. Die Erneuerung sei schon vor zwei Jahren geplant gewesen, doch dann habe die Wirtschaftskrise einen Strich durch diese Planung gemacht. Seit 1. Januar 2010 sei bei der Sanierung von Heizungen im Gebäudebestand ein anteiliger Einsatz von erneuerbaren Energien von 10 Prozent Pflicht. Die Erneuerung der Heizungsanlage in einem Gebäude dieser Dimension sei daher eine Maßnahme, die ohne ausführliche Energieberatung nicht sinnvoll ist. Hierfür sei der Bezirksschornsteinfeger Bernhard Köhler von der Gemeinde beauftragt worden. Bernhard Köhler habe mehrere Varianten aufgestellt, von denen – nach Abwägung aller Varianten – als beste Lösung der Einbau einer Biomassenheizungsanlage übrigblieb. Eine Solaranlage sei wegen der ungünstigen Ausrichtung des Gebäudedachs nicht effektiv und sinnvoll. Für den Einbau eines Holzpelletkessels sei ein Zuschuss in Höhe von rund 4.400 Euro möglich. Nach der öffentlichen Ausschreibung, die von Dipl.-Ing. Wolfgang Straßburger betreut wurde, haben fünf Firmen ihre Angebote abgegeben, wobei die Firma Keller GmbH aus Ketsch als günstigster Bieter hervorging.

Gemeinderat Achim Reister (CDU) hebt hervor, dass in der CDU-Fraktion zu diesem Beschlussvorschlag keine Einigung erzielt worden sei und dass er daher nur persönlich Stellung nehmen könne. Eine Pelletheizung amortisiere sich nach etwa 12 Jahren und habe den Ruf, für die Umwelt das Beste zu sein. Die Energieeinsparverordnung gebe aber bestimmte Kennwerte vor. Gemeinderat Reister betont, dass er nicht grundsätzlich gegen Pellets sei, dass man aber hier nach Effektivität und nach der günstigsten Variante entscheiden müsse. In einem anderen Objekt, beispielsweise Schule oder Rathaus, wäre die Pelletheizung vielleicht die richtige Wahl, in der Schulstraße 49 jedoch am falschen Ort. Alles andere sei in Ordnung: Die Vergabe liege im Rahmen der Kostenschätzung und es spreche auch nichts gegen die Ketscher Firma, daher werde er sich enthalten.

Bürgermeister Kappenstein erinnert daran, dass Anfang Februar in der Bau- und Umweltausschusssitzung berichtet worden sei, was im Jahr 2011 an Heizungsanlagen geplant ist – mit Angabe der geschätzten Kosten, die sehr nah am Ausschreibungsergebnis lagen. Die Pelletheizung sei für die Schulstraße 49 als sinnvoll erachtet worden, wenngleich damals noch keine genauen Kenntnisse über die Vor- und Nachteile aufgezeigt werden konnten. Aus diesem Grund habe man einen Fachmann hinzugezogen. „Beim Einbau einer neuen Heizung ist es

wichtig, als Kommune eine gewisse Vorleistung zu erbringen und sich an der CO₂-Einsparung zu beteiligen, wenn es im wirtschaftlichen Rahmenbereich liegt“, unterstreicht Bürgermeister Kappenstein.

Gemeinderat Joachim Hartung (SPD) merkt an, dass eine Erneuerung der Heizungsanlage außer Frage stehe und dass es sinnvoll sei, erneuerbare Energien zu verwenden. Dies leiste einen erheblichen Beitrag zur Umweltverträglichkeit. Gemeinderat Hartung bittet darum, die Beträge einer Gegenüberstellung der veranschlagten Kosten mit den tatsächlichen in der Angebotsabgabe in die Tischvorlage mit aufzunehmen.

Gemeinderat Frank Müller (FWV) lobt die Firma Keller aus Ketsch, die der Verwaltung bekannt sei und bereits seit längerer Zeit die Wartungsarbeiten an der Heizungsanlage in der Turnhalle vorgenommen habe. Daher sei sie mit den baulichen Gegebenheiten bestens vertraut. Er gehe davon aus, dass der Lagerraum für die Holzpellets in dem 1907 erbauten Gebäude trocken genug sei, so dass es zu keinen Verklumpungen an den Holzpellets kommen kann.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) hätte es begrüßt, wenn detaillierte Kenntnisse vorab in einer Ausschusssitzung noch hätten beraten werden können. Eine Alternative zur Pelletheizung wäre die Biogasanlage gewesen. Bezirksschönsteinfeger Köhler habe gute Ausführungen zur Pelletheizung gemacht und die Vorteile der Pellets für dieses Gebäude dargestellt. Formal führe dies zu einer guten CO₂-Bilanz. Dagegen stehe jedoch eine Feinstaub-Problematik, die über kurz oder lang dazu führen werde, dass per Verordnung ein Feinstaubfilter wird eingerichtet werden müssen, den es in dieser Form momentan noch nicht gibt. Daher könne man mit dieser Pelletanlage nur sehr unvollständig etwas für die Umwelt tun. Gemeinderat Völker meint, dass eine vernünftige Wirtschaftlichkeitsberechnung im Vergleich beider Anlagen-Typen gut gewesen wäre.

Bürgermeister Kappenstein hebt klar hervor, was der Anspruch gewesen war: eine Heizungsanlage zu bekommen, die den Empfehlungen von Fachleuten entspricht. Ein Energieberater gebe immer mehrere Lösungen vor. Der erste sinnvolle Vorschlag – ein Gasbrennwertkessel mit Solarunterstützung – sei aufgrund des Gebäudestandes nicht möglich gewesen. Als zweiten Vorschlag habe Bernhard Köhler die Pelletheizung genannt.

Bei zwei Gegenstimmen und sieben Enthaltungen ergeht der mehrheitliche Beschluss: Der Auftrag für die Erneuerung der Heizungsanlage im Mehrfamiliengebäude und der Turnhalle Schulstraße 49 wird an die Firma Keller GmbH aus Ketsch zu deren Angebotspreis in Höhe von 57.018,59 Euro inklusive Mehrwertsteuer erteilt. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 10: Heizungserneuerung Gassenäckerstraße 4a+b / Auftragsvergabe

Bürgermeister Jürgen Kappenstein erläutert, dass die Heizungsanlage in der Seniorenwohnanlage Gassenäckerstraße 4 seit 1987/88 aus einer Gas-Zentralheizung aus 6 Hydropol-Brennwertgeräten bestehe, von denen 4 Brennwertgeräte nicht mehr sicher betriebsfähig sind. Die Erneuerung der Anlage sei daher für einen sicheren Betrieb notwendig. Vorgesehen sei, alle Kessel und Warmwasserbereiter zurückzubauen und durch zwei neue gleichgroße Gas-Brennwertkessel zu ersetzen. Die Warmwasserleitung werde über ein Boilersystem zur Minimierung der Speicherkapazität geführt. Für eine Solaranlage sei zu wenig Platz. Da aber auf dem Dach bereits eine Photovoltaikanlage vorhanden ist, gelte die gesetzlich vorgegebene Pflicht nicht und es müsse kein zehnpromzentiger Anteil Biogas als erneuerbare Energie erworben werden.

An der Ausschreibung haben sich fünf Firmen mit Angeboten beteiligt. Als günstigster Bieter ist die Firma Essenpreis Haustechnik GmbH aus Östringen hervorgegangen.

Gemeinderat Achim Reister (CDU) hebt hervor, dass es hier keine Alternativen zur Brennwertanlage gebe. Die Bewohner werden sich freuen, kein Biogas beziehen zu müssen.

Gemeinderat Joachim Hartung (SPD) nennt es sinnvoll, erneuerbare Energien einzusetzen. Die Summe für überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 38.000 Euro sei jedoch erschreckend. Gemeinderat Hartung bittet diesbezüglich um eine Gegenüberstellung der ursprünglich, im Jahr 2009 geplanten und der nun tatsächlich anfallenden Kosten.

Für Gemeinderat Frank Müller (FWV) besteht kein Zweifel, dass die 23 Jahre alte Heizungsanlage erneuert werden muss. Die Firma Essenpreis sei bekannt und habe bisher immer zur Zufriedenheit gearbeitet. Er gehe davon aus, dass in der Ausschreibung Maßnahmen berücksichtigt wurden, so dass die Bewohner ständig mit

Warmwasser versorgt werden. Gemeinderat Müller regt an, die Bewohner rechtzeitig über die Bauzeit zu informieren.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) sieht die Gasheizung als sinnvoll an, wundert sich jedoch, dass die bereits bestehende Photovoltaikanlage angerechnet wird und aus diesem Grund billigeres Gas bezogen werden kann. Dies sei formal ein wenig merkwürdig.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat:

1. Der Auftrag für die Erneuerung der Heizungsanlage im Gebäude Gassenäckerstraße 4 (Seniorenwohnanlage) wird an die Firma Essenpreis Haustechnik GmbH aus Östringen zu deren Angebotspreis in Höhe von 73.273,44 Euro inklusive Mehrwertsteuer vergeben. Auftragsgrundlage ist die VOB.

2. Die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 38.273 Euro werden genehmigt.

TOP 11: Fenstererneuerung Alte Schule / Auftragsvergabe

Bauamtsleiter Hans Keilbach erklärt, dass dies nun der dritte und letzte Abschnitt der Fensterbauarbeiten in der Alten Schule sei. Hierfür habe es eine öffentliche Ausschreibung gegeben. Nach Wertung und Prüfung der eingegangenen Angebote sei ein Prüfer auszuschließen gewesen, weil das von ihm eingesetzte Material nicht mit dem ausgeschriebenen vergleichbar war. Bei den verbleibenden Bietern sei die Firma Kurt Limbeck aus Ketsch als günstigster Anbieter hervorgegangen. Diese Firma sei dem Bauamt bestens bekannt und auch schon beim 2. Bauabschnitt der Fenstererneuerung beteiligt gewesen.

Gemeinderat Christian Jörger (CDU) lobt die Ketscher Firma Kurt Limbeck, die bisher ordentlich und termingerecht gearbeitet habe. Gemeinderat Jörger möchte wissen, ob dieselbe Fensterfarbe wie bisher verwendet wird – Bürgermeister Kappenstein beantwortet dies mit einem Ja – und ob die Sommerferien für die Fenstererneuerung ausreichen. „Die Zeit muss reichen“, betont Bürgermeister Kappenstein.

Gemeinderat Gerhard Jungmann (SPD) erinnert an die anfängliche Skepsis bezüglich der Fensterfarbe und macht deutlich, dass sich die Fenster nun doch gut in die Fassadengestaltung eingefügt haben. Positiv sei es, dass eine Ketscher Firma den Auftrag erhält. Bezüglich der Firma, die ausgeschlossen werden musste, möchte Gemeinderat Jungmann wissen, welches Material die Firma angeboten habe. Bürgermeister Kappenstein erklärt, dass das Profil ein anderes gewesen sei. Die Gemeinde habe ein stärkeres Profil ausgeschrieben, das einen anderen Wärmewert vorweisen kann.

Gemeinderat Frank Müller (FWV) lobt, dass die Maßnahme zur Erhaltung der Bausubstanz beitrage und die Energiekosten verringere. Um den Schulbetrieb so wenig wie möglich zu stören, sollten die Fenster in der schulfreien Zeit ausgetauscht werden.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) erkundigt sich nach den – laut Energieeinsparverordnung – festgelegten U-Werten (Wärmedurchgangs-koeffizienten), die nun für die Fenstererneuerung der Alten Schule mit 1,4 bis 1,9 angegeben wurden. Bürgermeister Kappenstein erklärt, dass die Fenster der Alten Schule diesen Werten entsprechen. Gemeinderat Achim Reister (CDU) meint, dass der zulässige Höchstwert bei 1,3 liege. Bürgermeister Kappenstein sagt, dass die Werte von 1,4 bis 1,9 vom Fachmann so empfohlen wurden, sichert aber zu, diese Werte noch einmal prüfen zu lassen.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat: Für die Erneuerung der Fenster in der Alten Schule in Ketsch, Schulstraße 8, wird der Auftrag für die Ausführung der Fensterbauarbeiten an die Firma Kurt Limbeck GmbH aus Ketsch zu deren Angebotspreis in Höhe von 92.695,05 Euro inklusive Mehrwertsteuer erteilt. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 12: Fensterarbeiten Schulturnhalle Schwetzingen Straße / Auftragsvergabe

Bauamtsleiter Hans Keilbach erläutert, dass von technischer Seite dieselben Gegebenheiten wie bei der Alten Schule vorliegen. Bei den Fenstern der Schulsporthalle stehe altersbedingt eine Sanierung an. Viele der Oberlichtverglasungen in den Duschbereichen lassen sich nicht mehr öffnen beziehungsweise nicht mehr richtig schließen und müssen dringend erneuert werden. Bezüglich der überplanmäßigen Kosten in Höhe von rund

30.000 Euro informiert Bauamtsleiter Keilbach, dass die Kostenermittlung bereits 4 bis 5 Jahre alt sei, jedoch erst jetzt zum Zuge komme. Daher sei bei den Kosten eine Differenz entstanden.

Gemeinderat Christian Jörger (CDU) sieht bei den alten Fenstern in der Schulturnhalle dringenden Handlungsbedarf. Es sei schon lange höchste Zeit, aber aufgrund der finanziellen Situation könne erst jetzt damit begonnen werden. Gemeinderat Jörger möchte wissen, ob für diese Arbeiten die Sommerferien ausreichen. Bürgermeister Kappenstein antwortet, dass auf alle Fälle versucht werde, bis Mitte September fertig zu sein, dass es aber bei der Turnhalle nicht so wichtig sei, die Bauarbeiten bis Schulbeginn abgeschlossen zu haben, da die Turnhalle nicht immer belegt ist.

Gemeinderat Gerhard Jungmann (SPD) merkt an, dass die Fenster in der Schulturnhalle in einem schlechten Zustand seien und möchte auch hier den Wert der Wärmedichtung abgeklärt wissen.

Gemeinderat Dieter Mummert (FWV) lobt die Firma Limbeck für ihre gute Arbeit und erinnert daran, dass die Schulturnhalle ein wichtiges Gebäude sei, weil es zusätzlich auch von zahlreichen Vereinen genutzt werde.

Nach einer kurzen Diskussion kann, nach Angaben von Energieberater Wolfgang Straßburger, das Problem der Werte für die Wärmedichtung geklärt werden: Bürgermeister Kappenstein informiert, dass sich der Wert von 1,3 – laut Energieeinsparverordnung – nur auf Wohngebäude beziehe. Hierzu gehöre weder die Turnhalle noch die Schule, so dass – auch für den zuvor erfolgten Beschluss für die Fensterarbeiten in der Alten Schule – die vorgegebenen Werte zwischen 1,4 und 1,9 ausreichend seien.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) signalisiert Zustimmung.

Es ergeht der einstimmige Beschluss:

1. Für die Erneuerung der Fenster der Schulsporthalle in der Schwetzinger Straße 8 wird der Auftrag für die Ausführung der Fensterbauarbeiten an die Firma Kurt Limbeck aus Ketsch zu deren Angebotspreis in Höhe von 119.619,99 Euro inklusive Mehrwertsteuer erteilt. Auftragsgrundlage ist die VOB.
2. Die überplanmäßigen Kosten in Höhe von rund 30.000 Euro werden genehmigt.

TOP 13: Dacherneuerung Rathaus-Altbau / Auftragsvergabe

Bauamtsleiter Hans Keilbach berichtet, dass es – aufgrund wiederholt auftretender Starkregenfälle – im Bereich der Dacheindeckung des alten Rathauses immer wieder zu Wassereintrüben gekommen sei. Bei einer Begehung des Daches sei festgestellt worden, dass die Ziegeleindeckung altersbedingt porös ist. Um Folgeschäden am Gebäude zu vermeiden, sei ein Austausch der Eindeckung zwingend erforderlich. An der öffentlichen Ausschreibung habe sich nur eine Firma mit einer Angebotsabgabe beteiligt: Die Firma Scheer sei in Ketsch bekannt für ihre Zuverlässigkeit und ordnungsgemäßen Ausführungen.

Gemeinderätin Carmen Gaa (CDU) merkt an, dass das Dach des Rathaus-Altbaus in die Jahre gekommen und die Betonziegel brüchig geworden seien. Auch Gemeinderat Joachim Hartung (SPD) sieht die Dacherneuerung als dringend notwendig an und lobt die Firma Scheer, der die Örtlichkeit bekannt sei.

Gemeinderat Dieter Mummert (FWV) und Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) stimmen der Auftragsvergabe ebenfalls zu.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig: Für die Erneuerung der Dacheindeckung des Rathauses (altes Teil) wird der Auftrag für die Dachdeckerarbeiten an die Firma Jakob Scheer GmbH aus Ketsch zu deren Angebotspreis in Höhe von 87.697,19 Euro inklusive Mehrwertsteuer erteilt. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 14: Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“, Elektroinstallation / Auftragsvergabe

Bürgermeister Jürgen Kappenstein führt aus, dass das im Rahmen der Fertigstellung der Kindertagesstätte mit der Planung und Bauleitung beauftragte Büro Knorn aus Heidelberg die Grundlagenermittlung und Vorplanung abgeschlossen habe. Die Zusammenstellung der Gewerke und notwendigen Bauarbeiten ergeben einen Bauzeitenplan, der zum Ende des Jahres mit der Baureinigung abschließt. Die Untersuchungen der vorhandenen

Substanz und der technischen Details haben ergeben, dass in einigen Bereichen nachgebessert werden müsse. So seien die Fundamente freigelegt, die alte, unzureichende Isolierung entfernt und eine neue Isolierung aufgebracht worden. Weiterhin müsse die Dachkonstruktion überarbeitet werden. Hierzu gehöre beispielsweise die Erhöhung der Dachsockel, damit eine Dachbegrünung aufgebracht werden kann. Diese wiederum sei notwendig, damit die Versickerung des Dachregenswassers möglich wird. Des Weiteren müssen verschiedene Wand-Boden- und Wand-Fensteranschlüsse neu hergestellt und abgedichtet werden. Die begonnenen Gewerke sollen, wenn möglich und wirtschaftlich, mit den bisher tätigen Fachfirmen weitergebaut und beendet werden. Ziel soll neben der Fertigstellung der Gewerke auch die Übernahme der Gewährleistung für die im Auftrag des Generalunternehmers erbrachte Leistung sein. Die Teilung der Leistung in „vor der Insolvenz“ und danach sei durch das Gutachten des Sachverständigen gewährleistet.

Gemeinderat Michael Seitz erinnert daran, dass das Ingenieurbüro Knorn im Februar mit der Planung und Bauleitung beauftragt worden sei. Nun können erste Anschlussaufträge vergeben werden. Die direkte Wiederaufnahme der Arbeiten der Firma König sei nicht zu beanstanden. Gemeinderat Seitz bittet darum, die geplanten und die tatsächlichen Kosten nach Beendigung aller Baumaßnahmen einander gegenüberzustellen.

Gemeinderat Tarek Badr (SPD) unterstreicht, dass der neue Kindergarten schnellstmöglich fertig werden soll und dass es daher begrüßenswert sei, nun von der Planung in die Ausführung zu gehen. Das Ingenieurbüro Knorn, das bisher sehr zufriedenstellend gearbeitet habe, bescheinige der Firma König gute Leistungen, deshalb sei es sinnvoll, mit der zügigsten Möglichkeit weiterzumachen.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) bewertet es positiv, dass dieselbe Firma, die schon auf der Baustelle tätig war, nun dort weiterarbeitet. Auf diese Weise sei die Elektroinstallation in einer Hand.

Auch Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) sieht hierin eine schnelle und gute Lösung.

Es erfolgt der einstimmige Beschluss: Der Auftrag für die Fertigstellung der Elektroinstallation wird an die Firma Volker König GmbH aus Bad Herrenalb zu deren Angebotspreis in Höhe von 84.969,70 Euro inklusive Mehrwertsteuer erteilt. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 15: Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“, Fensterarbeiten / Auftragsvergabe

Bürgermeister Jürgen Kappenstein informiert, dass die Beauftragung in zwei Lose unterteilt wurde: 1. die Überarbeitung und Fertigstellung bestehender Fensterelemente sowie 2. Die Lieferung und Montage fehlender Fensterelemente. Zwei Firmen haben ihre Angebote abgegeben, wobei die Firma Löffel aus Herxheim bei beiden Losen das günstigere Angebot mit insgesamt rund 70.000 Euro eingereicht habe.

Gemeinderat Michael Seitz (CDU) hebt hervor, dass die Fertigstellung bis Jahresende erreicht werden soll und deshalb eine zügige Vergabe wichtig sei, um den Zeitplan einzuhalten. Es sei immer schön, wenn das Submissionsergebnis unter den erwarteten Kosten liege.

Gemeinderat Tarek Badr (SPD) möchte wissen, warum sich keine Ketscher Firma an der Ausschreibung beteiligt habe. Bauamtsleiter Hans Keilbach erläutert, dass man für diese Tätigkeiten Firmen benötige, die sich mit diesem System auskennen. Die Firma Löffel sei bereits auf der Baustelle tätig gewesen.

Gemeinderat Dieter Mummert (FWV) findet es richtig, dass diejenigen Firmen, die vorher schon auf der Baustelle tätig waren, die Sache zu Ende bringen.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) möchte wissen, wann die Dachbegrünung zur Entscheidung ansteht und Bauamtsleiter Keilbach teilt mit, dass dies mit den Dacharbeiten erfolge. Die stellvertretende Bauamtsleiterin Yvonne Menzel erläutert, dass vorgesehen sei, die Dacharbeiten in 5 Lose aufzuteilen und dann entsprechend auszuschreiben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig: Der Auftrag für die Fensterarbeiten an der Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“ wird an die Firma Löffel aus Herxheim zu deren Angebotspreis in Höhe von insgesamt 69.486,48 Euro inklusive Mehrwertsteuer erteilt. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 16: Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“, Heizungsarbeiten / Auftragsvergabe

Bauamtsleiter Hans Keilbach berichtet, dass geplant gewesen sei, in der Kindertagesstätte eine Fußbodenheizung zu verlegen. Nach Gesprächen mit den Leiterinnen der vorhandenen Einrichtungen sei jedoch ersichtlich geworden, dass im großen Mehrzweckraum, der auch für Besprechungen oder Elterntage verwendet werden kann, zusätzlich zwei reguläre Heizkörper installiert werden müssen, da bei einer Fußbodenheizung eine schnelle, kurzfristige Aufheizung nicht möglich sei. Nur die Firma Essenpreis habe ein Angebot abgegeben. Die Gesamtheizungsanlage liege über der Kostenkalkulation von Junior SystemBau mit 50.500 Euro. Die damals veranschlagten Kosten können mit einer modernen, wirtschaftlichen Anlage so in keinem Fall gehalten werden, da jetzt unter anderem auch Heizkörper installiert werden. Bauamtsleiter Keilbach erklärt, dass eine Gasheizungsanlage eingebaut werde und dass für den Kleinkinderbereich eine Fußbodenheizung vorgesehen sei.

Gemeinderat Michael Seitz (CDU) hebt hervor, dass eine gut funktionierende Heizung unerlässlich sei. Über den Preis sei er dennoch erschrocken gewesen.

Gemeinderat Tarek Badr (SPD) sagt, das einzig Positive, was aus dem höheren Preis gezogen werden könne ist, dass der Insolvenzverwalter nicht so viel nachfordern könne, wenn der Firma Junior SystemBau hier eine Fehlplanung nachgewiesen werden kann.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) hofft auf eine gute Ausführung, so dass Eltern, Kinder und Erzieherinnen zufrieden sind.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) merkt an, dass angesichts der Kostenüberschreitungen nun in den sauren Apfel gebissen werden müsse und regt an, mit dem Heizungsbauer zu überprüfen, ob durch eine zonierte Heizungsregelung der Fußbodenheizung auf den Einbau von Heizkörpern verzichtet werden könne.

Einstimmig wird beschlossen: Der Auftrag für die Heizungsarbeiten an der Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“ wird an die Firma Essenpreis zu deren Angebotspreis in Höhe von insgesamt 100.267,97 Euro inklusive Mehrwertsteuer erteilt. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 17: Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“, Sanitärarbeiten / Auftragsvergabe

Bauamtsleiter Hans Keilbach informiert, dass in der Kindertagesstätte von Junior SystemBau zwei Nassräume und ein Wickelraum sowie eine Personal- und eine separate behindertengerechte Toilette geplant gewesen seien. Da mit den Sanitärarbeiten bereits begonnen worden war, sei nun eine beschränkte Ausschreibung an drei Firmen erfolgt, wobei zwei Firmen ihre Angebote abgegeben haben.

Gemeinderat Michael Seitz (CDU) signalisiert Zustimmung.

Gemeinderat Tarek Badr (SPD) möchte wissen, warum eine Firma nicht berücksichtigt worden sei. Bürgermeister Kappenstein antwortet, dass diese Firma ihr Angebot zu spät abgegeben habe.

Auch Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) und Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) stimmen zu.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat: Der Auftrag für die Sanitärarbeiten an der Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“ wird an die Firma Erb aus Schriesheim zu deren Angebotspreis in Höhe von insgesamt 49.525,63 Euro inklusive Mehrwertsteuer erteilt. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 18: Berichte des Bürgermeisters

- Bürgermeister Kappenstein informiert darüber, dass am Freitag, 22. Juli, auf dem Marktplatz der Familientag der „Schwetzinger Zeitung“ stattfindet, wobei die Gemeinden Brühl und Ketsch im Wettstreit versuchen, so viele Kinder wie möglich auf die Bühne zu bringen und im Vorfeld Coupons zu sammeln. Bürgermeister Kappenstein bittet die Bevölkerung um Unterstützung und versichert, dass sich die Gemeinde Ketsch fair diesem Wettkampf stellen werde.

- Bürgermeister Kappenstein gibt bekannt, dass der BMX-Parcours an der Ecke Mannheimer/Neurottstraße am Freitag, 22. Juli, um 18 Uhr offiziell seiner Bestimmung übergeben werde und lädt hierzu herzlich ein.

- Als weiteren Termin nennt Bürgermeister Kappenstein den Mittwoch, 27. Juli. Ab 14 Uhr findet der Alternachmittag in der Rheinallengaststätte statt, der von der Gemeinde als Sommerveranstaltung gestaltet wird. Einen weiteren Seniorennachmittag gebe es am Dienstag, 9. August, im Festzelt beim Backfischfest. Hierzu seien alle Senioren im Alter ab 70 Jahren eingeladen.

TOP 19: Anfragen der Gemeinderäte

Die Anfragen der Gemeinderäte beziehen sich auf folgende Sachverhalte:

- Nichteinhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung im Ortskern
- Stromkonzessionsvertrag / Wechsel des Netzbetreibers
- Toilettenanlage am Marktplatz
- Kehrmaschine im Gewerbegebiet
- Hinweis auf 50 Stundenkilometer am Ortsausgang

TOP 20: Anfragen der Sitzungsbesucher

Aus den Reihen der Sitzungsbesucher werden zu folgenden Themen Anfragen gestellt:

- Grundstückspreise Bebauungsplan Hohwiese
- Tätersuche in Sachen Vandalismus